

Berliner Volks-Zeitung

Verleger: Otto Schulte, Berlin-Gratitz.

Einzelheft	0,30	Strom	0,15
Abdruck	0,025	Ges.	0,10
Wasser	0,10	Wasser	0,10
Einzelheft	0,30	Wasser	0,10
Einzelheft	0,30	Wasser	0,10
Einzelheft	0,30	Wasser	0,10
Einzelheft	0,30	Wasser	0,10
Einzelheft	0,30	Wasser	0,10
Einzelheft	0,30	Wasser	0,10
Einzelheft	0,30	Wasser	0,10

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle
Zutufuhr in Fleisch reichlich
Preise vielfach steigend

Rindfleisch 0,85-1,15, ohne Knoch.	Schweinefleisch 1,20-1,40	Butter 1,90
1,10-1,35, Kahlfleisch 1,20-2,40	hies. 0,75-0,90	Margarine 0,90-0,85, Eier
Hammelfleisch 1,10-1,30, Schweine-	Stück 0,12-0,19, Salzwurste 0,60	bis 0,08, Zwiebeln 0,12-0,18 d. Pfd.
fleisch 1,10-1,30, Geflügel-		
0,60-1,00, Brückenfett 1,10-1,20		

Preis und Verkauf: Rudolf Woffe, Berlin

Strassenbahn	0,15	Postk. Ort 2,00, Fern u. Ost 0,05
Hochb. II 0,15-0,20	11,0-10-0,15	Ausl. 0,20, Tsch. u. Ung. 0,15
Stadtbahn	11,0-0,15	11,0-0,15
Omni-Teilar. 0,15	2,50-0,20	Ausl. 0,20, Tsch. u. Ung. 0,15
Telephon 0,15	Automat 0,15	Telegramme das Wort Berlin
Bohrpost-Karte 0,25	Bohrpost 0,15	74 Pf., Deutschland 15 Pf.

Deutschland erwartet die Antwort auf das deutsche Memorandum

Berlin, 4. Oktober. (W. Z. B.)
Aussagen des Reichsanwalts gegenüber einem Korrespondenten des Daily Express werden in einigen Kreisen dahin kommentiert, daß die deutsche Regierung auf ihr Memorandum zum Eintritt in den Völkerverbund keine Antwort erwartet. Diese Annahme ist durchaus irrig. Zweck des Memorandums ist, wie der Reichsanwalt dem Korrespondenten gesagt hat, der deutschen Regierung Gewissheit über einige Punkte zu verschaffen, deren Beantwortung für die Stellung Deutschlands zum Völkerverbund ausschlaggebend ist.

Eine Stellungnahme der Regierung, denen das Memorandum überreicht worden ist, zu den Einzelheiten der deutschen Darlegung würde voraussichtlich nur erfolgen, wenn unter Standpunkt nicht anerkannt werden sollte. Die deutsche Regierung erwartet indes, daß ihre Auffassung von den im Völkerverbund und Völkervertrag vertretenen Ansichten geteilt und deren Zustimmung zum völlig gleichberechtigten Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund ihr zur Kenntnis gebracht wird. Wie bekannt, sind die befragten Regierungen gebeten worden, ihre Ansicht der deutschen Regierung schriftlich mitzuteilen. Es kann daher seine Rede davon sein, daß der Reichsanwalt auf das Memorandum keine Antwort erwartet.

Das Königreich Serbien entsand im Jahre 1916 nach dem Abfall des Vizekönigs Dehlahas von der Türkei. Die Entente sprach die Anerkennung des neuen Reiches aus, und so finden sich denn unter dem Friedensverträge von Versailles auch die Namen der Vertreter des Königs Hussein von Dehlahas als des Regenten eines unabhängigen Staates, von dem freilich in Deutschland die wenigsten Leute bisher etwas vernommen hatten. Hussein bezieht sich, seine Dynastie zu befestigen, sein zweiter Sohn Abdullah wurde Emir von Keraf, der dritte Sohn, Feisal, König von Irak. Wie weit die Abdankung des Vizekönigs auf die übrigen Mitglieder der halbsümpftischen Dynastie zurückwirkt, bleibt abzuwarten.

Die Verschüttung der muslimanischen Welt durch die Vorgänge in Dehlahas ist groß. Die indischen Mohammedaner sympathisierten mit Hussein, und sehen mit gleichem Interesse die Zerstörung des neuen Kalifats. Demgegenüber erklären die neuen Regierenden in Mesopotamien, daß die Ausführung der muslimanischen Regierung durch Hussein zum Schutze des Landes selbst notwendig geworden sei. Die bereit ist, sich der Ordnung der ganzen muslimanischen Regierung anzupassen.

Schnelldienst
Berlin hat vom Abgeordneten der ehemaligen spanischen Botschaft über den Cuban Befehl, an dem für den 12. Oktober vor-
gelehren Bankett der Königin im Quartier des Kaisers teilzunehmen werde. (Eigener Justizdruck)
„Daily Mail“ zufolge hat Kaiser Wilhelm II. die Bitte des Königs von Spanien, die spanische Botschaft zu verlassen, abgelehnt. Die spanische Botschaft hat sich nicht zur Verfügung gestellt, daß keine Aussicht auf eine Verständigung der spanischen Gruppen aus Paris und Athen besteht und auf Anweisung der spanischen Botschaft über den Cuban Befehl.

Das Reichsarchiv zu Potsdam, das im Oktober 1924 eine Ausstellung zur deutschen Geschichte seit 1848.
Der Reichsanwalt Dr. H. H. H. hat sich bereit erklärt, mit seinem Abteilungsleiter Dr. H. H. H. zusammenzutreffen und auf Anweisung der spanischen Botschaft über den Cuban Befehl.

Die Reichstagsfraktionen beraten über die Regierungstage
Im Reichstag treten in der nächsten Woche sämtliche Fraktionen zusammen, um zu den Beratungen über die Regierungserweiterung Sitzung zu nehmen. Zu Dienstag vorungsbereitete Sitzung zu nehmen. Die indischen Mohammedaner sympathisierten mit Hussein, und sehen mit gleichem Interesse die Zerstörung des neuen Kalifats. Demgegenüber erklären die neuen Regierenden in Mesopotamien, daß die Ausführung der muslimanischen Regierung durch Hussein zum Schutze des Landes selbst notwendig geworden sei. Die bereit ist, sich der Ordnung der ganzen muslimanischen Regierung anzupassen.

Deutschlands Eintritt in den Völkerverbund Vorbereitungen in Genf

Genf, 4. Oktober.
Melbung der Funktion: Rudolf Woffe-Gaus.
Wie werden bereits die Vorbereitungen eingeleitet für die Sondertagung des Völkerverbundes, die für den kommenden Januar zur Beschlußfassung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund in Aussicht genommen ist. Da diese Frage zuvor Gegenstand ausgiebiger Beratungen zwischen den beteiligten Regierungen sein wird, nimmt man an, daß es sich in Genf nur noch um eine Formalität handeln wird. Wahrscheinlich werden die meisten Mitgliedsstaaten des Bundes ihre diplomatischen Vertreter in Wien bzw. in Genf entsenden, die Vertretung des Völkerverbundes zur Tagung des entscheidenden Votums zu überreichen.

Aber ist man der Ansicht, daß die geplante Abrüstungskonferenz entgegen dem vorgesehenen Plan um einige Monate hinausgeschoben werden wird.

Ein Matteotti-Mörder verhaftet

Nach einer Meldung aus Mailand ist dort einer der mutmaßlichen Mörder des Abg. Matteotti, ein gewisser Malafra, verhaftet worden. Es folgt jetzt nur noch die Verhaftung Canferis, der sich wahrscheinlich in Paris verborgen hat.

Private Abkommen zwischen deutschen und französischen Industriellen

Paris, 4. Oktober. (G. G.)
Wie wir erfahren, finden gegenwärtig Verhandlungen zwischen deutschen Industriellen und französischen Industriellen Gruppen statt, die die Bildung von Interessengruppen bezwecken. Es soll nach weiteren Informationen bereits ein Kartell der Samtwebereien in Aussicht genommen sein, zum mindesten soll zwischen deutschen und französischen Samtwebereien ein weitgehendes Abkommen schon erzielt sein. Ähnliche Verhandlungen finden gegenwärtig zwischen der Gruppe der metallurgischen Produkte in Frankreich und deutschen Röntgenstrahlern statt. Ebenso stehen Verhandlungen zwischen der französischen Gießereifabrikindustrie und der A. G. vor ihrem Abschluß. Alle diese Verhandlungen werden lediglich von den Industriellen direkt ohne Eingreifen der Regierung geführt, stehen also in keinem Zusammenhang mit den Vertragsverhandlungen, die gegenwärtig zwischen der deutschen und der französischen Regierung stattfinden. Man nimmt jedoch an, daß es möglich sein wird, später diese Abkommen in den endgültigen Handelsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich zu übernehmen.

Die ratlose Reichspresse

Enttäuschung über die sozialdemokratische Taktik
Die Erfassung der Sozialdemokraten, sich einer Erweiterung der Regierung im Sinne des Reichsanwalts nicht zu verweigern, hat die Deutschnationalen vor eine so „neue Lage“ gestellt, daß ihre Presse einfach ratlos ist. Diese Verwirrung kommt am deutlichsten dadurch zum Ausdruck, daß die Reichsblätter fast mit keinem Wort mehr von dem „internationalen Klassencharakter“ der Sozialdemokratie mehr zu sprechen wagen. Die „Kreuzzeitung“ sagt nur darüber, daß „hinter diesen Kartenstapel vermutlich die Hand des Herrn Oberst zu vermuten ist.“
Im übrigen ist sie enttäuscht, daß man sie vor eine neue Situation gestellt hat:
— dem der Gedanke, die Sozialdemokratie offiziell hinzuzusetzen, lag auf dem deutschnationalen Vertreterrecht noch gar nicht vor.
Das Blatt scheint zu glauben, Reichsanwalt Marr würde über einen Abtritt verfügen, durch den er sich hätte eintritt verschaffen können in die dreifach hermetisch abgeschlossene deutschnationalen Vertreterversammlung. Es hat das gefehlt hätte, hängt davon ab, ob auf dieser illustren Tagung überhaupt „Gedanken verlagern“.

Kandidat Davis für Abrüstung in Amerika

Wilson's Ideale auch in seinem Lande witzfam.
New-York, 4. Oktober. (W. Z. B.)
In einer Rede in Princeton (New-Jersey), dem früheren Wohnort Wilsons, erklärte der demokratische Präsidentschaftskandidat Davis: Ich bin nicht gewillt, Amerika allein außerhalb der diplomatischen Kreise der Welt stehen zu lassen. Falls ich dann Präsident bin, wird Amerika auf der von den europäischen Staatsmännern vorgeschlagenen Abrüstungskonferenz 1925 vertreten sein. Alle Nationen außer der amerikanischen folgten Wilsons Idealen.

Dänemark baut Flugzeuge für die japanische Regierung

Kopenhagen, 2. Oktober. (G. G.)
Die japanische Regierung hat mit der dänischen Flugzeugindustrie einen Vertrag auf Lieferung von Flugzeugen abgeschlossen. Die erste Lieferung wurde von einem japanischen Kriegsschiff in Kopenhagen bereits übernommen.

Der Oberpräsident der Provinz Niederlothringen hat

an Grund des § 21 des Gesetzes zum Schutz der Republik die „Schleifische Arbeiterzeitung“ auf die Dauer von vierzehn Tagen, und zwar vom 1. bis 14. Oktober d. J. einschließt, verboten.
Der Oberpräsident der Provinz Niederlothringen hat an Grund des § 21 des Gesetzes zum Schutz der Republik die „Schleifische Arbeiterzeitung“ auf die Dauer von vierzehn Tagen, und zwar vom 1. bis 14. Oktober d. J. einschließt, verboten.

Abdankung König Hussein

Der Sieg der Wahabiten
London, 4. Oktober.
Melbung der Funktion: Rudolf Woffe-Gaus.
Die Meldungen, die gestern von einer bevorstehenden Thronentsetzung des Königs Hussein sprachen, bestätigen sich: Der König hat abgedankt und den Wunsch geäußert, das Land zu verlassen. In der Bevölkerung der Hauptstadt herrscht starke Erregung, und die Aktivitäten des Ereignisses auf die muslimanische Welt sind im Augenblick noch nicht abzuschätzen.

Der Oberpräsident der Provinz Niederlothringen hat

an Grund des § 21 des Gesetzes zum Schutz der Republik die „Schleifische Arbeiterzeitung“ auf die Dauer von vierzehn Tagen, und zwar vom 1. bis 14. Oktober d. J. einschließt, verboten.



Senator Lafontaine
der Vorpräsident des 23. Verfassungsorgans

Wegen Kompetenzfrei verlagt

Der Untersuchungsanspruch des verfalligen Landtags zur Nachprüfung von Strafverfolgungen hat sich auf unbestimmte Zeit verlagert, da im Ausschuss Kompetenzfreiigkeiten enthalten sind. Es handelt sich um die Frage, ob nicht nur die Ausschussmitglieder, sondern auch diejenigen, die die Einleitung des Ausschusses beantragt haben das Recht haben sollen, Anträge zur Re-

